

Mehr Wohlstand dank weniger Arbeit?

Europa beneidet die Schweiz wegen ihrer hohen Löhne und ihrer niedrigen Arbeitslosigkeit. Ausgerechnet die Gewerkschaften gefährden dieses Erfolgsmodell: mit griechischen Rezepten.
Von Peter Keller

Die sechs Grenzgänger können sich freuen – wenigstens vorläufig. Das Bezirksgericht Arlesheim hat ihre Kündigung für unrechtmässig erklärt. Aufgrund des tiefen Euro hatte die Baselbieter Logistik-Firma Stöcklin ihren 120 Mitarbeitern aus dem benachbarten Ausland eine sechsprozentige Lohnkürzung vorgeschlagen. Die grosse Mehrheit akzeptierte den Schritt, dem Rest wurde gekündigt. Sechs von den sieben Geschassten verklagten anschliessend ihren Ex-Arbeitgeber.

Wie andere Unternehmen versuchte die international tätige Stöcklin-Gruppe die heftigen Währungsverluste im letzten Jahr aufzufangen. Statt die Angestellten für den gleichen Lohn länger arbeiten zu lassen, setzte die Führung auf eine moderate Senkung der Gehälter bei den Grenzgängern, zumal diese durch den starken Franken zusätzlich profitierten: Im Gegensatz zu ihren in der Schweiz wohnhaften Arbeitskollegen erhöhte sich ihr Lohn kaufkraftbereinigt um mehr als zwanzig Prozent bei sonst schon tieferen Lebenshaltungskosten.

Nun haben die Arlesheimer Richter das Unternehmen letzte Woche zurückgepfiffen. Die Entlassungen seien missbräuchlich erfolgt, eine Lohnsenkung allein für Grenzgänger diskriminiere diese gegenüber den inländischen Angestellten. Die Arbeitnehmerorganisationen jubeln. Gegenüber der *Basler Zeitung* erkennt Christophe Schwaab, zuständiger Jurist für Arbeitsrecht beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, im Urteil ein generelles Votum gegen die Diskriminierung von Grenzgängern. Dabei spiele es keine Rolle, ob die ausländischen Mitarbeiter den Lohn in Euro bekämen, länger arbeiten oder eine Lohnsenkung in Kauf nehmen müssten: All diese Massnahmen würden gegen das Freizügigkeitsabkommen mit der EU verstossen, das auch für Grenzgänger gelte.

Ob dieses Gerichtsurteil auch langfristig als Erfolg für den hiesigen Werkplatz zu werten ist, muss bezweifelt werden. Hohe Löhne, tiefe Arbeitslosigkeit – um diese Formel beneidet Europa die Schweiz. So paradox es klingen mag: Die Grundlage der Schweizer Erfolgsgeschichte ist ein liberal ausgestalteter Arbeitsmarkt – und die Tatsache, dass die Gewerkschaften, eigentlich die klassischen Vertreter der Arbeitnehmerinteressen, hierzulande weniger Einfluss haben als in anderen Staaten.

Mit einer Reihe von Initiativen und Gerichtsklagen will die Linke ihre Macht nun ausbauen und den heimischen Arbeitsmarkt massiv regu-

lieren – ohne sich durch die abschreckenden Beispiele aus dem EU-Raum beirren zu lassen. Frankreichs wirtschaftlicher Krebsgang ist vor allem eine Folge der sozialistischen Politik unter Mitterrand und Jospin, die die Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden senkten und den Kündigungsschutz so weit ausbauten, dass Unternehmen vor Neuanstellungen eher zurückschrecken, weil sie dann zu wenig flexibel auf konjunkturelle Schwankungen reagieren könnten. So hart die in der Schweiz übliche dreimonatige Kündigungsfrist ist, sie ermöglicht den Betrieben eine nach ihren Bedürfnissen ausgerichtete Beschäftigungspolitik. In der Praxis zeigt sich, dass die Chefs ihre Mitarbeiter auch in Krisenzeiten zu halten versuchen. Das äussert sich in einer vergleichsweise tiefen Arbeitslosenquote.

Inspiration aus dem gescheiterten Süden

Auch der von den Sozialpartnern gepflegte Arbeitsfrieden stärkt den Schweizer Standort. In Italien werden frühmorgens Streiknachrichten am Radio verlesen wie hierzulande die Verkehrsmeldungen. Verlässlichkeit heisst das grosse Plus. Nur wollen die Gewerkschaften den Arbeitsfrieden immer teurer verkaufen, indem sie vermeintliche Vorteile für die Angestellten rauszuholen versuchen. Am 11. März kommt die Volksinitiative «6 Wochen Ferien

für alle» zur Abstimmung. Sie spielt mit der griechischen Illusion, dass trotz weniger Arbeit mehr Wohlstand rausspringt. Dabei kann sich die Schweiz ihr Lohnniveau nur dank leistungsbereiter Arbeitnehmer erlauben – und dank flexibler arbeitsrechtlicher Rahmenbedingungen.

Dazu gehört auch die Lohnfindung. Gesamtarbeitsverträge und Mindestlöhne verteuern die Arbeit und senken die Produktivität. Zum Schaden der Angestellten. Nach der Ferien-Initiative wartet schon das nächste Projekt in der Pipeline: Nach dem Willen der Gewerkschaften soll schweizweit ein Mindestlohn von 4000 Franken bezahlt werden. Dass 4000 Franken im Toggenburg einen ganz anderen Wert haben als in Zürich, ist das eine. Entscheidender ist, dass bei zu hohen Löhnen gerade die Niedrigqualifizierten auf der Strecke bleiben. Weil die Unternehmen teure Stellen mit geringer Wertschöpfung streichen (müssen) oder auslagern.

Dass Deutschland heute boomt, hat es den schmerzhaften Reformen unter Schröder (SPD) zu verdanken. Er hat die Lohnnebenkosten gesenkt, das Rentenalter erhöht, die Unternehmen entlastet, auf Beschäftigung statt auf soziale Hängematte gesetzt. Offensichtlich lassen sich die Schweizer Linken lieber von ihren gescheiterten Parteikollegen im Süden inspirieren. ○



Nachteil für Niedrigqualifizierte: Initiative für einen Mindestlohn von 4000 Franken.